



Haushalt 2018

Es mangelt an Nachhaltigkeit, Generationenverantwortung, sozialer Balance

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Bürgeraktion Hildesheim, Ludger Reffgen, zur Abstimmung über den städtischen Haushaltsplan für das Jahr 2018 in der Ratssitzung am 21.03.2018

Ich möchte in den wenigen Minuten Redezeit, die mir zur Verfügung stehen, ausdrücklich auf das Wiederholen von Positionen verzichten, wie sie immer wieder bei der Beschreibung von allgemeinen Haushaltsrisiken z. B. durch so unverdächtige Institutionen wie der IHK vorgetragen werden. Dazu lässt sich nur zusammenfassend feststellen:

Wir - die Bürgeraktion - sehen uns bezüglich der von uns seit langem geübten Kritik in punkto Nachhaltigkeit, Generationenverantwortung, sozialer Balance - Ansprüche, die wir mit dem Haushalt verbinden - in guter Gesellschaft. Wir haben aber jegliche Hoffnung daran verloren, mangels Mehrheit in diesem Rat über verhallende Appelle hinaus hier Gehör und Einsicht zu finden.

Lassen Sie mich den knappen Zeitrahmen für meinen Redebeitrag zu ein paar herausstechenden Gesichtspunkten aus den Haushaltsplanberatungen der letzten Wochen nutzen:

Wohnungspolitik - Ankauf von Belegungsrechten

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist eines der drängendsten, wenn nicht gar das drängendste soziale Problem in Hildesheim. Wenn man eine Situationsanalyse für Hildesheim vornimmt, erkennt man schnell, dass das Modell anderer Städte, mit einer Sozialquote bei Bauprojekten neue geförderte Wohnungen anteilig zu bauen, für Hildesheim nicht ausreicht. Denn angesichts des Bedarfs müssten wir ganz viele Wohneinheiten neu bauen, nur damit ein paar Sozialwohnungen

dabei herausspringen. Das wird der Hildener Situation nicht gerecht, weil dafür gar nicht die notwendigen Flächen zur Verfügung stehen.

Wenn also diejenigen, die in Hilden eine Sozialwohnung benötigen - das werden angesichts der auf dem Vormarsch befindlichen Armut mehr - nicht weiterhin überwiegend leer ausgehen sollen, müssen wir ergänzend auf andere Instrumente setzen. Wir haben in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, wie in anderen Städten durchaus üblich, über den Ankauf von Belegungsrechten an bestehenden Wohnungen nachzudenken und dazu zunächst ein Konzept zu entwickeln. Das würde - zugegeben - ein neues Denken erfordern. Weil unseres Erachtens, angesichts der komplexen Problematik, Kreativität gefragt ist, und kein stumpfes, stures "Nein".

Was wir erfahren haben ist eine breite Ablehnungsfront, die deutlich machte, das es noch nicht einmal die Bereitschaft gibt, sich mit diesem Vorschlag inhaltlich auseinanderzusetzen. Neues Denken hat hier keine Chance. Der Haushalt bietet wohnungssuchenden Menschen mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein in Hilden keine Perspektive.

Projekt Albert-Schweitzer-Schule - alles über Bord

Kein unerheblicher Faktor, wenngleich bei den Haushaltsplanberatungen nur durch das Verschieben von Etatpositionen aufgefallen, stellt das vor Jahren einmal mit hohen Erwartungen gestartete Wohnbauprojekt Albert-Schweitzer-Schule dar. Was einmal auf einem mit dem Begriff "Filetgrundstück" bezeichneten Areal möglich werden sollte, ist alles Geschichte: Kein innovatives Bauen, die Klimaschutzstandards flächendeckend reduziert, das Mehrgenerationenprojekt aufgegeben, der soziale Wohnungsbau verkümmert.

Nachdem es den Grünen nun dämmert, auch bei diesem Thema von SPD und CDU über den Tisch gezogen worden zu sein - man möchte ihnen zurufen: Willkommen in der Realität -, finden sich von sieben Fraktionen sage und schreibe fünf in dem Bauprojekt nicht, oder nicht mehr, wieder. Das Bauprojekt ist mit seinen ehemals anspruchsvollen Qualitätsmaßstäben Stück für Stück gescheitert. Es bleibt weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück.

Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen

Ein letzter kurzer Gesichtspunkt zu personalpolitischen Entscheidungen im Rathaus: Wir haben in den letzten Wochen die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung in Berlin erlebt. Dabei spielten mit besonderer Akzentuierung, insbesondere für die SPD, arbeitsmarktpolitische Forderungen eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund muss es für jeden Arbeitnehmer äußerst enttäuschend gewirkt haben, dass zeitgleich, während die SPD in Berlin für die Aufhebung von sachgrundloser Befristung in Arbeitsverträgen streitet, in Hilden befristete Arbeitsverträge von der hiesigen SPD verteidigt werden.

Es geht um die immer wieder neu befristeten Stellen im Bereich "Bildung und Teilhabe" beim Jugendamt. Wir hatten uns an der Forderung beteiligt, die Befristungen aufzuheben, bevor man auf der anderen Seite Geld für Beförderungen aufwendet. Anders die SPD, für die die Forderungen aus der Bundespolitik in den politischen Niederungen wohl nicht mehr so wichtig

sind. Offenbar liegen zwischen dem Reden in Berlin und dem Handeln in Hilden Welten. Das ist die traurige Realität.

Der Haushalt bietet auch Sicht der Bürgeraktion viele weitere Gründe, ihm nicht zuzustimmen. Wir werden daher in der Schlussabstimmung mit "Nein" votieren.